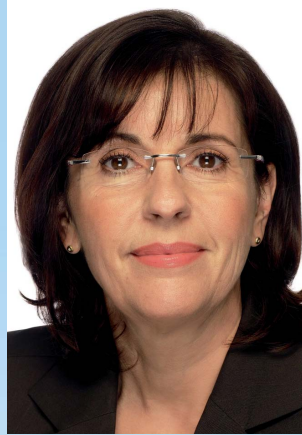


Verantwortung der Politik

Prekäre ungeschützte Arbeit ist kein erstrebenswertes Leitbild. Deshalb ist die Politik in ihrer Verantwortung gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefordert. Wir wollen „Gute Arbeit!“

Die Ziele der SPD-Fraktion

- **Mindestlohn einführen**
- **Maximale Verleihzeit von Leiharbeitern festsetzen**
- **Anteil von Leiharbeitern an der Gesamtbelegschaft begrenzen**
- **Löhne von Leiharbeitern an die Löhne der Stammebelegschaft angleichen**
- **Ausländische Leiharbeitsbetriebe ins Entsendegesetz aufnehmen**
- **Ein europafestes hessisches Vergabegesetz für öffentliche Aufträge**
- **Den Öffentlichen Dienst zum Vorbild für Gute Arbeit machen**



Andrea Ypsilanti, Fraktionsvorsitzende

„Menschen, die den ganzen Tag arbeiten, müssen sich und ihre Familie davon auch gut ernähren können. Eine Vollzeitarbeit muss ausreichen, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern. Wenn Armutslöhne gezahlt und Leiharbeit missbraucht wird, wenn Eltern Angst haben, ihren Kindern keine Zukunft bieten zu können, dann muss die Politik handeln. Wir wollen flächendeckende Mindestlöhne und eine Begrenzung der Leiharbeit. Wir wollen Gute Arbeit - für Hessen und darüber hinaus.“

entschieden
sozial modern



GUTE ARBEIT

Landtagsfraktion
Hessen

SPD

**„Mindestlohn
statt Armutslöhne“**

Herausgeber:

SPD-Landtagsfraktion,
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Erscheinungsdatum:

August 2008

Redaktion:

Gert-Uwe Mende (V.i.S.d.P.), Pressestelle
Petra Tursky-Hartmann, Öffentlichkeitsarbeit
Dagmar Schmidt, Grundsatzreferentin

Gestaltung:

augenfällig, Wiesbaden

Bilder:

© F. Aumüller (1/3); M. Wunderle (4)/DIGITALstock

Gute Arbeit für alle

Es waren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in den vergangenen Jahren immer wieder Lohnverzicht geübt haben. Sie erwarten jetzt zu Recht, am Erfolg ihrer Unternehmen beteiligt zu werden. Steigende Nettoeinkommen stützen die Konjunktur. Hessens Stärke sind hochwertige Produkte und Dienstleistungen, die von qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erbracht werden. Die Zukunft unseres Landes besteht deshalb nicht im Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, sondern um Produktivität und Qualität. Die gute Arbeit der Menschen, ihre Kreativität und Motivation dürfen nicht von Existenzängsten bedroht werden.

Kein Auskommen mit dem Einkommen

Inzwischen sind 6,5 Millionen Menschen Geringverdiener. Fast jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland arbeitet heute im Niedriglohnsektor, obwohl 75 Prozent davon eine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Deutschland entwickelt sich vom Hochlohn- zum Niedriglohnland. Stundenlöhne unter 5 Euro sind eine unerfreuliche deutsche Besonderheit. Solche zwingen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihren Lebensunterhalt mit ergänzender öffentlicher Unterstützung durch Arbeitslosengeld II zu sichern. Eine Fehlentwicklung, die bereits heute jährlich rund 1,5 Mrd. Euro Steuergelder kostet und von der SPD abgelehnt wird.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Etwa ein Drittel aller Betriebe in Deutschland macht heute Gebrauch von Leiharbeit, wobei die Zahlen nach Betriebsgröße variieren. Aber nicht die weniger flexiblen kleinen Betriebe liegen bei der Leiharbeit vorn, sondern die Großbetriebe. Leiharbeit wird also nicht überwiegend zur Flexibilisierung, sondern zum Lohndumping genutzt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben oftmals hautnah, wie gut bezahlte und tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse in prekäre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Das führt zu einem enormen Druck auf die betroffenen Stammbeschafteten.

Auch in Hessen sind Leiharbeit und Niedriglöhne ein Thema. 2006 waren 36.000 Menschen in Hessen in einem Leiharbeitsverhältnis beschäftigt, ein Zuwachs von 60 Prozent im Vergleich zum Jahr 2002. Die Einsatzdauer von Leiharbeitskräften in Hessen ist im Vergleich mit anderen westdeutschen Ländern überdurchschnittlich hoch. 45 Prozent aller Leiharbeiter waren hier länger als drei Monate beschäftigt (Westdeutschland 34 Prozent).

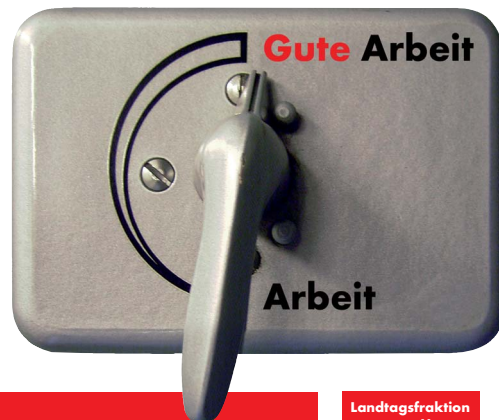
Die von der Politik und den betroffenen Arbeitnehmern erhoffte Übernahme des Leiharbeiters in eine Festanstellung tritt selten ein. Die Hälfte der Betriebe übernimmt weniger als fünf Prozent ihrer Leiharbeiter in



ein reguläres Arbeitsverhältnis. Leiharbeit hat sich in den vergangenen Jahren von einem Instrument der Flexibilisierung für Betriebe zu einem Instrument der Lohnkostensenkung und zum Einfallstor für Lohndumping entwickelt. Die SPD fordert, dass der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" für alle Beschäftigten gilt.

Mindestlohn durchsetzen

In nahezu allen europäischen Ländern gibt es Mindestlöhne als gesetzliche Lohnuntergrenze. Von allen EU-Staaten ist der deutsche Niedriglohnsektor am wenigsten durch Gesetz oder Tarifvertrag reguliert. Die Gründe, die CDU, CSU und FDP gegen die Einführung von flächendeckenden gesetzlichen Mindestlöhnen vorbringen, sind mittlerweile alle widerlegt. Die positive Wirkung eines gesetzlichen Mindestlohns reicht bis in die Rentenversicherung. Denn der Mindestlohn erhöht nicht nur den Bruttolohn des einzelnen Arbeitnehmers, sondern lässt - mit einem Jahr Verzögerung - den Rentenbezug der Rentnerinnen und Rentner ebenfalls ansteigen.



Einstellungssache

Landtagsfraktion
Hessen

SPD